

Mineraliengewinnung: Wird sich etwas für die Menschen in der Demokratischen Republik Kongo ändern?

Im März legte die Europäische Kommission einen Gesetzesentwurf vor, der verhindern soll, dass europäische Unternehmen mit dem Einkauf von Rohstoffen Konflikte oder Menschenrechtsverletzungen finanzieren.



François-Xavier Maroy, Erzbischof von Bukavu in der Demokratischen Republik Kongo, äußerte sich während seines Aufenthalts in Brüssel zur Frage, ob die EU-Verordnung wirklich den Menschen zugute komme. Der Osten des Kongo verfügt über einen großen Reichtum an Mineralien, darunter auch viele, die als Rohstoff für Alltagsprodukte wie Mobiltelefone, Computer und Autos, die von Millionen Europäern täglich genutzt werden, verwendet werden. Doch trotz dieser wertvollen Bodenschätze, die teils unter, teils über Tage abgebaut werden, lebe der Großteil der Bevölkerung in Armut, unterstrich der Erzbischof. Kinder haben häufig nicht genug zu essen und können nicht zur Schule gehen; jungen Menschen fehle es an beruflichen und finanziellen Perspektiven; und Männer und Frauen

seien oft den in ihrer Gegend agierenden Milizen ausgeliefert. Ein Teil der Minen würde von bewaffneten Gruppen kontrolliert, die mit den erzielten Gewinnen gewaltsame Konflikte schüren und aufrechterhalten.

Angesichts dieser Problemlage in den konfliktbetroffenen oder unsicheren Ländern schlägt die EU-Kommission ein Programm zur freiwilligen Selbstzertifizierung für Unternehmen vor, die Mineralien (Zink, Tantal, Wolfram und Gold) roh oder verarbeitet auf den europäischen Markt bringen. Ist der Gesetzesentwurf wirklich weitreichend genug, um sicherzustellen, dass an Produkten, die an europäische Bürgerinnen und Bürger verkauft werden, kein Blut aus dem Kongo oder anderen Ländern klebt? Erzbischof Maroy verwies auf zwei grundlegende Schwachstellen des Kommissionsentwurfs: Seiner Einschätzung nach greife der Vorschlag zu kurz, da sowohl die enge Fokussierung auf einen begrenzten Teil der gesamten Wertschöpfungskette als auch der freiwillige Charakter der Zertifizierung nicht ausreichen, um ein echtes Umdenken bei den Unternehmen hin zu einer verantwortungsvollen Rohstoffbeschaffung zu bewirken.

Die freiwillige Selbstverpflichtung zur Selbstzertifizierung würde nur für europäische Importeure von Rohstoffen und Metallen gelten. Doch um sicherzustellen, dass keine Mineralien aus Konflikt- oder Hochrisikogebieten auf den EU-Markt gelangen, müsse die Verordnung auch für Importeure von Endprodukten gelten. Zum Vergleich: Die USA haben im Jahr 2010 ein Gesetz verabschiedet, dass amerikanische Unternehmen verpflichtet zu prüfen, ob sie Rohstoffe aus der Demokratischen Republik Kongo oder den Nachbarstaaten beziehen; dieses Gesetz betrifft etwa 6.000 Unternehmen.

Der EU-Vorschlag hingegen würde schätzungsweise nur 400 Unternehmen betreffen, dabei große Hersteller von Konsumartikeln außer Acht lassen und den Unternehmen keinerlei Rechenschaftspflicht gegenüber den Endverbrauchern über ihre Bemühungen um verantwortungsvolles Handeln auferlegen. Erzbischof Maroy unterstrich die Notwendigkeit, die gesamte Lieferkette in den Blick zu nehmen, von den Arbeitern im Kleinbergbau bis hin zu den Endverbrauchern. Ein Gesetz mit einem zu engen Fokus – so befürchtet er – dämme weder die bewaffneten Konflikte noch den Rohstoffschmuggel wirksam ein; der blühende Schmuggel mit den wertvollen Bodenschätzen, die eigentlich dem Gemeinwohl zugutekommen sollten, bringe den Staat um wichtige Steuereinnahmen und lasse die kongolesische Bevölkerung leer ausgehen.

Die Kommission setzt mit ihrer Strategie einer freiwilligen Selbstverpflichtung auf das Interesse von Unternehmen, ihren guten Ruf zu wahren, sowie auf Anreize im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe, um EU-Unternehmen stärker zur Erfüllung ihrer Sorgfaltspflicht in der Lieferkette zu bewegen. Erzbischof Maroy verwies auf die Erfahrungen von freiwilligen Unternehmensinitiativen im Ost-Kongo wie die des Elektronikkonzerns Philips, die zeigen, wie begrenzt die Möglichkeiten eines einzelnen Unternehmens im Vergleich zu einem umfassenden und einheitlichen System sind, wenn es darum geht, Veränderungen bei der Mineralienbeschaffung zu erzielen.

Das amerikanische Gesetz aus dem Jahr 2010 wird im Mai dieses Jahres in Kraft treten. Durch den EU-Vorschlag würden in Europa niedrigere Standards als in den USA eingeführt; damit verpasst die Kommission die Gelegenheit, die Standards für verantwortungsvolle Rohstoffbeschaffung global anzuheben und europäische und US-amerikanische Unternehmen in diesem Sektor auf Augenhöhe zu bringen. Anders die EU-Richtlinie vom Juni 2013 zur Offenlegung von Zahlungen, welche die mineralgewinnende Industrie und die Forstwirtschaft an staatliche Stellen leisten: Hier wurde der amerikanische Standard nicht nur erreicht, sondern sogar übertroffen. Das Europäische Parlament hat bereits im Februar eine gesetzlich vorgeschriebene Sorgfaltspflicht für den Handel mit Mineralien aus Konfliktgebieten eingefordert.

Die europäischen Bürgerinnen und Bürger haben hohe Erwartungen: Laut einer Eurobarometer-Umfrage aus dem Jahr 2012 sind 87 % von ihnen der Meinung, die EU müsse mittels geeigneter Maßnahmen sicherstellen, dass Unternehmen soziale und ethische Standards erfüllen. Nur klare, verbindliche Regelungen, die eine Vielzahl in Europa ansässiger Unternehmen zur Überprüfung ihrer Lieferketten verpflichteten, stünden im Einklang mit den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte aus dem Jahr 2011 und könnten bewirken, dass die meisten europäischen Unternehmen Rohstoffe in einer Art und Weise beschaffen, die dem Wohl aller Beteiligten dient.

Denise Auclair

leitende politische Beraterin für die Bereiche EU-Politik, Wirtschaft und Menschenrechte

Originalfassung des Artikels: Englisch

Erzbischof Maroy nahm an einem Symposium zum christlichen Engagement für globale Gerechtigkeit teil, das vom 13. bis 15. März stattfand und gemeinsam von Entraide et Fraternité und der Katholischen Universität Löwen organisiert wurde. Die Belgische Kommission Justitia et Pax stellte dem Erzbischof ihre Brüsseler Räumlichkeiten für Diskussionen mit Vertretern der Medien und der Zivilgesellschaft zur Verfügung.